

Änderungsantrag

des Abgeordneten Schneider (Berlin) und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1985

hier: Einzelplan 27

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

— Drucksachen 10/1800 Anlage, 10/2320, 10/2330 —

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 27 02 – Allgemeine Bewilligungen – Titelgruppe 02 – Hilfsmaßnahmen gesamtdeutschen Charakters – wird der Titel 685 21 – Förderung besonderer Hilfsmaßnahmen gesamtdeutschen Charakters – um den Betrag von 1 DM gekürzt.

Bonn, den 26. November 1984

Schneider (Berlin)
Schoppe, Dr. Vollmer und Fraktion

Begründung

Mit der symbolischen Kürzung um eine Deutsche Mark beabsichtigen die GRÜNEN, den Freikauf von Häftlingen aus der DDR aus dem Schattenbereich deutsch-deutscher Geheimabsprachen herauszuführen und eine öffentliche Diskussion über menschenwürdigere Optionen humanitärer Hilfe zu eröffnen.

Wir beantragen keine Kürzung in beliebiger Millionenhöhe, weil es uns um eine langfristige, allen Aspekten gerecht werdende Lösung geht.

Das Kapitel „Häftlingsfreikauf“ ist das dubioseste, das auf dem Gebiet der verkrampften Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und der Konkurrenz der Systeme erwachsen ist. In diesem jeder demokratischen Kontrolle entzogenen Bereich zeigt sich die Doppelbödigkeit der Politik der Bundesregierung besonders deutlich.

Wer juristische Ansprüche gegenüber der DDR aufrechterhält, wird im anderen Staat keinen Partner für tragfähige, den Menschen dienende Abmachungen erwarten können. Die Grundlagen etablierter Deutschlandpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, die sich auf das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetz-

zes, den Deutschlandvertrag, die Briefe zur deutschen Einheit und den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts stützen, sind ausgereizt und bieten keine politischen Spielräume mehr. Die im Geist dieser Grundlagen praktizierte Deutschlandpolitik – auch wenn sie als Bestandteil europäischer Friedenspolitik deklariert und im Sinne der Blocktreue auch so verstanden wird – bedeutet grundsätzlich nichts anderes, als die Teilung Europas durch Überwindung des osteuropäischen Blocksystems durch das westliche aufheben zu wollen und in diesem Prozeß und unter solchen Vorzeichen eine Wiedervereinigung zu erreichen. Eine so verstandene Deutschlandpolitik muß auf die DDR als virulenter politischer Druck wirken. Historische Erfahrungen haben gezeigt, daß es in den Herrschaftsmechanismen der DDR eine Korrelation zwischen der Größe des Außendrucks auf die DDR und die Größe freiheitlicher Handlungsmöglichkeiten in der DDR gibt. Da sich die Geschichte nicht vor 1949 zurückschrauben läßt, da nur abenteuerliche Politiken eine Überwindung der DDR und des realsozialistischen Staatenbundes durch den Westen, also von außen, denkbar machen, kann es gar keine andere Option geben, wenn die Menschenrechte wirklich ernstgenommen werden, als eine Gleichberechtigung in den Beziehungen zur DDR herzustellen.

Und die unter allen Bundesregierungen seit 1963 praktizierte Methode des Häftlingsfreikaufs tangiert zutiefst die Menschenrechtsproblematik. Ein Aspekt ist dabei, daß in diesem in der Dunkelheit vollzogenen Schacher Menschen zur marktfähigen Ware gemacht werden. Über die abstoßende Haltung der DDR-Regierung, Menschen gegen Devisen einzutauschen, braucht in diesem Zusammenhang der Haushaltsberatungen nicht weiter geredet zu werden. Was uns hier interessiert, ist die Tatsache, daß bundesdeutsche Politiker, die als ihr vorrangiges Ziel die Überwindung der DDR beabsichtigen und damit eine heute noch notwendige, den Menschen als Staatsbürger würdige zwischenstaatliche Regelung vereiteln, mit dieser Politik zeigen, daß sie den Häftlingsfreikauf als Mittel in der Konkurrenz der Systeme betrachten, die Überlegenheit der Bundesrepublik Deutschland demonstrieren wollen und die unter Menschenrechtsverletzung Inhaftierten in der DDR für ihre Politik instrumentalisieren.

DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag sehen natürlich das Problem, unter humanistischen Gesichtspunkten politische Mittel auszuschöpfen, um Menschen eine würdige Existenz zu ermöglichen. In diesem Sinn sind sie dafür, ehrliche, vom Geruch des Menschenhandels freie Bemühungen anzustellen, um zu Unrecht bedrängten Menschen in der DDR zu helfen. Es ist aber verlogen, wenn Bundesregierungen – die jetzige und frühere – Häftlingsfreikäufe mit humanistischen Gründen legitimieren und gleichzeitig gegenüber Menschen anderer Staaten tiefste Verachtung und Inhumanität an den Tag legen. Der Humanismus ist eine grundsätzliche Einstellung, die nicht aufgeteilt werden kann. Wer z. B. den türkischen Mitbürgern und Mitbürgerinnen in der Bundesrepublik Deutschland eine Zuzugssperre für ihre Kinder zumutet, wer blutige Terrorregime in der Dritten Welt politisch, militärisch und finanziell unterstützt, wer die Roma und Sinti

immer noch im Geiste der NS-Zigeunerpolitik behandelt, aber auf der anderen Seite für Deutsche in der DDR humanistische Gründe für den Häftlingsfreikauf ins Feld führt, dessen „Humanismus“ ist nichts anderes als verdeckter Rassismus und Alibi für gefährliche politische Ansprüche.

